

# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

---

### Protokoll der vierten Sitzung des Studierendenparlaments am 11. Oktober 2023

DAS PRÄSIDIUM DES STUDIERENDENPARLAMENTS

Studierendenhaus  
Mertonstraße 26 – 28  
60325 Frankfurt am Main  
studierendenparlament@uni-frankfurt.de  
Telefon (0 69) 798 – 23181

**Beginn der Sitzung: 19:11 Uhr**

**Ende der Sitzung: 22:21 Uhr**

**Anwesenheit per Anwesenheitsliste (siehe Anhang)**

- 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 11 Abs. 5 SdS)**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.09.2023 (Drs. 2023/24/006)**
- 4. Mitteilungen des Präsidiums**
- 5. Mitteilungen der Öffentlichkeitsbeauftragten**
- 6. Mitteilung des AStAs**
- 7. Berichte aus den AStA-Referaten**
- 8. Berichte der studentischen Senatsmitglieder**
- 9. Festsetzung des Semesterbeitrages SoSe 24**
- 10. Festsetzung des Semesterbeitrages WiSe 24/25**
- 11. Anträge**
- 12. Resolutionen**
- 13. Verschiedenes**

# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

---

### **1) Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 11 Abs. 5 SdS)**

Der Präsident eröffnet die Sitzung und die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

### **2) Feststellung der Tagesordnung**

Keine

### **3) Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.07.2023 (Drs. 2022/050)**

Das Protokoll der letzten Sitzung ist genehmigt.

### **4) Mitteilungen des Präsidiums**

Keine

### **5) Mitteilungen der Öffentlichkeitsbeauftragten**

Anna: Es werden weiterhin Posts hochgeladen und Nachrichten beantwortet. Auch wird ein neues Designkonzept für Social Media erarbeitet.

#### 6) Mitteilung des AStAs

Vorstand: Arbeiten weiterhin am Semesterticket und am Haushalt. Morgen gibt es eine Kundgebung auf dem Campus zusammen mit dem Aktionsbündnis. Kritische Einführungswochen starten bald. Erstituten sind gepackt. Wahlordnung muss überarbeitet werden, da die Universität die Briefwahlen nicht mehr übernimmt.

LHG: Hat das Tüten packen nicht mal jemand anderes gemacht?

Vorstand: AStA hat die Tüten sonst nicht selbst gepackt, die Universität macht aber keine mehr. Der AStA macht es jetzt selbst, deswegen sind nur eigene Sachen in den Tüten.

LHG: Wie viele Tüten wurden gepackt?

Vorstand: Es wurden 500 gepackt.

SDS: Am 25.10. findet eine Vollversammlung wegen dem Semesterticket statt, haben wir da frei? Ist in den Tüten Material dafür?

Vorstand: Wir haben keinen größeren Raum bekommen und es gibt nicht frei. Es gibt jedoch keine Anwesenheitspflicht für Seminaren. Flyer für Semesterticket bleibt in der Tüte.

RL: Es gab keine Benachrichtigung, dass andere Gruppen auch Material in die Tüten packen können. Was genau ist den Tüten?

Vorstand: Das Zeitungsreferat hat Gruppen angeschrieben

RL: Queerreferat hat keine Nachricht bekommen.

Inhalt der Erstituten: Alternatives Vorlesungsverzeichnis, AStA Zeitung, Programm der Pupille, Material vom offenen Haus und Kulturcampus, alternative Campuskarte, Semesterticket bleibt Flyer, Knusperflocken

RCDS: Wird die AStA Zeitung nicht normalerweise verschickt?

Vorstand: Die Zeitung wird nicht mehr verschickt, aber es wird versucht die Wahlausgabe zu verschicken. Nächstes Jahr wird auf ein Abo-Modell umgestellt.

RL: Ist Wahlwerbung für Listen in den Tüten? Wurden die anderen autonomen Referate angeschrieben?

Vorstand: Es ist kein Material von Listen in den Tüten. Es gibt auch die Möglichkeit bei der Messe Stände zu haben. Es gibt noch die Möglichkeit bis morgen früh etwas in die Tüten zu packen

Vorstand: Die Vollversammlung findet im HZ3 statt.

SDS: Gibt es sonstige Werbung für die Vollversammlung?

Verkehrsreferat: Es gibt Plakate im AStA Büro und sie kommen morgen zur Einführungsmesse. Es wurde schon eine Mail wegen den Verkehrsverbänden im Norden verschickt und es gibt vielleicht noch eine.

LHG: Wie viel kosten die Tüten den AStA?

Vorstand: Es wurden ungefähr 2,50€ pro Tüte bezahlt.

### 7) Berichte aus den AStA-Referaten

Einige Referate haben sich schon per Mail gemeldet.

**Verkehrsreferat:** Die Verträge mit den Nordbezirken wurden geklärt, sowie die Beträge, die dafür schon bezahlt wurden. Es wird weiter an der nationalen Vernetzung gearbeitet. Arbeiten weiter mit dem Aktionsbündnis zusammen. Schreiben Presseberichte und Antworten. Es gibt heute noch einen Sachantrag.

RCDS: Nordbezirke sind in diesem Wintersemester nicht mehr dabei, das Geld wurde aber schon bezahlt.

Referat: Reden schon mit dem Präsidium wegen der Rückzahlung.

Vorstand: Präsidium braucht noch etwas Zeit, die Rückzahlung wird veranlasst. Das Präsidium lässt uns die Arbeit machen.

LHG: Wie würden Lösungsansätze für die Rückzahlung aussehen?

Vorstand: Die Universität muss uns die Daten zur Verfügung stellen. Wir brauchen eine rechtssichere Methode. Es gibt die Tendenz, dass man es Bar ausgezahlt bekommt.

LHG: Wäre es möglich den Semesterbeitrag zu reduzieren?

Vorstand: Nein, auch weil Einige aufhören zu studieren.

LHG: Kann man denen nicht die Möglichkeit geben, es Bar ausgezahlt zu bekommen?

Vorstand: Aber es gibt auch Studierende, die jetzt erst anfangen zu studieren.

RCDS: Die Verträge hätten später gekündigt werden müssen.

Referat: Es gab dazu einen Beschluss in der Vollversammlung dazu, es war allerdings nicht immer klar, wie lange wir unseren RMV vertrag behalten. Es war schwer es zu diesem Zeitpunkt richtig zu entscheiden. Leute können sich, wegen der Auszahlung, innerhalb der nächsten 6 Monaten melden.

Vorstand: Der Faktor der Rückzahlung wurde übersehen.

Referat: Wir waren der Meinung, dass die Universität es rückerstattet. Die Universität hat schon eine Plattform dafür.

SDS: Die beitrage werden über die Universität eingezogen?

Referat: die Universität sammelt die Gelder und gibt uns unseren Anteil. Universität ist in diesen Fragen ziemlich starr. Es gibt auch schon die Möglichkeit den Semesterbeitrag sehr früh zu überweisen.

**Referat für Hochschulpolitik:** Schwangerschaftsabbruch Veranstaltung ist in den Startlöchern, es gibt auch einen Barabend. Warten noch auf das Material dazu.

**Feminismusreferat:** Vortragsreihen finden bald statt, diese werden in den kritischen Einführungswochen beworben.

RCDS: Das Referat soll selbst berichten und nicht jemand anderes.

Vorstand: Nabila ist aber für dieses Referat zuständig.

RCDS: Es steht aber anders in der Satzung.

Antrag der LHG und RCDS: Referate sollen bei der nächsten StuPa Sitzung alle selbst kommen.

#### **8) Berichte der studentischen Senatsmitglieder**

Es sind keine studentischen Senatsmitglieder anwesend.

#### **9) Festsetzung des Semesterbeitrages SoSe 24**

Vorstand: Die Begründungen stehen bereits im Anhang. Die Beiträge werden teurer. Der Härtefond wird 60 Cent teurer. Der Härtefond muss sich bald selbst decken können, wird aktuell noch aus Rücklagen bezahlt. RMV Beitrag erhöht sich nach Vertrag. Beitrag zu Campusbike wird erhöht, dies wurde vor einem Jahr schon beschlossen.

LHG: Wann wurde campusbike verhandelt?

Verkehrsreferat: Das hatte das ehemalige Referat verhandelt.

LHG: Wie wurde das Kulturticket verhandelt?

Vorstand: War noch vor unserer Zeit. Schwimmbäder sollen bald auch noch Teil des Kulturtickets werden.

Viele Studierende kennen das Kulturticket gar nicht.

LHG: Wie würde sich ein Modulmodell des Semesterbeitrags entwickeln?

Vorstand: Es wird aktuell schon hart verhandelt, deswegen wäre das schwierig. Es würde viel Bürokratie entstehen und es ziehen wahrscheinlich nicht alle mit.

RCDS: Es wurde diskutiert das RMV Ticket zu kündigen, wegen Unsicherheiten wird es aktuell aber nicht gekündigt. Jetzt müssen wir das Ticket für zwei weitere Semester behalten und es wird noch erhöht. Betrag ist schon bei über 40€ und es ist zu viel.

Verkehrsreferat: Der Wegfall des Deutschlandtickets ist aktueller denn je, wir könnten ohne die Vertragsverlängerung nicht auf das bessere Modell umsteigen und hätten ein Jahr lang gar kein Ticket.

LILI: Es gibt das Bündnis um dagegen zu demonstrieren, weil die Verträge nicht gut sind. Aber wir müssen das Ticket weiter behalten, da wir sonst keine Rückfallmöglichkeit mehr haben. Politischer Protest ist aber angebracht.

FFR: Am Riedberg findet fast keine Veranstaltung online statt und man muss irgendwie zum Friedberg kommen. Man sollte sich bei beim RMV und der Politik beschweren.

Vorstand: Wir setzten zwei Beträge fest, das müssen wir laut Satzung machen. Die Universität lässt sich Zeit mit der Genehmigung, also könnten wir im Notfall noch etwas ändern.

# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

---

RCDS: Warum nutzen wir nicht das Deutschlandticket. Es geht um sehr viel Geld, über 60% des Semesterbeitrags. Finden das nicht sozial für die Studierenden.

LHG: Die Freiheit, dass man kein RMV Ticket mehr hat ist es wert, dass andere etwas mehr bezahlen müssen. Man sollte dem RMV Grenzen aufzeigen. Durch das Deutschlandticket haben wir noch die Möglichkeit zu kündigen. Man sollte Geld einsparen, das RMV Ticket wird immer teurer.

Verkehrsreferat: Was sollen die Studierenden machen, wenn es das Deutschlandticket nicht mehr gibt? Dann müssen alle Ihre Fahrkarten einzeln kaufen. Das Semesterticket ist immer noch günstiger als das Deutschlandticket. Außerdem ist es ein Lenkmittel hin zum ÖPNV und dadurch besser für das Klima.

SDS: Wir würden mit dem neuen Ticket 42€ bezahlen. Warum bezahlen wir mehr als die anderen Hochschulen in Hessen?

Verkehrsreferat: Das Ticket ist in Frankfurt teurer wegen der U-Bahn.

LILI: Studierende in Frankfurt bekommen laut RMV mehr Leistung und müssen deswegen mehr bezahlen. Das Deutschlandticket wird wahrscheinlich bald teurer, deswegen lohnt sich das Semesterticket.

SDS: Wie kommen die 8% Preisanpassung für das Semesterticket zustande?

Verkehrsreferat: Unser Ticket wird um den selben Prozentsatz erhöht wie das Ticket für Azubis. Dem RMV sind alle Drohungen bisher egal, weil die Studierenden sowieso ein Ticket kaufen werden. Studierende müssen demonstrieren gehen, was in der Vergangenheit schon recht erfolgreich war.

LILI: Die Rechnung mit Deutschlandticket wurde bereits dem Land Hessen vorgelegt, aber das Land lehnt diese Bemühungen ab.

SDS: Haben sich den Zahlenspiegel vom deutschen Studierendenwerk angeschaut. Unser Preis ist höher.

LILI: Es geht um große Universitäten, die bezahlen mehr.

SDS: Es wurde erwiesen, dass 80% der Studierenden in Frankfurt regelmäßig den ÖPNV benutzen. Wenn man den Vertrag kündigt, hat man keine Möglichkeit mehr für Mitbestimmung und Verhandlungen.

LHG: 20% der Studierenden benutzen das Ticket aber gar nicht, müssen aber trotzdem zahlen. Man kann auch mit Geld wählen, dem RMV fällt das fehlende Geld schon auf. Man könnte aus Umweltgründen auch das Fahrrad nehmen. Studierende bekommen nicht die Chance selbst zu entscheiden. Flexibilität ist viel besser.

RCDS: Die Verhandlungen sind nicht gut für uns, wir werden abgezockt. Das Argument Verhandlungen macht keinen Sinn, der RMV würde jedes Geld nehmen. Es wäre besser, wenn alle selbst entscheiden könnten. Berechnungsschema Anlage 3 liegt nicht bei. Warum werden wir mit Azubis gleichgesetzt, die verdienen immerhin Geld.

Verkehrsreferat: Nur die Preisentwicklung wird an das Azubiticket angepasst, nicht der Preis selbst.

RCDS: Das Ticket ist trotzdem nicht sinnvoll und nicht die beste Möglichkeit für Studierende. Wir entfernen uns immer weiter von den 25€.

RCDS: Die Ersparnis ist zu gering, um das Ticket für alle verpflichtend zu halten. Wir sollten die nächsten zwei Semester aussetzen und dann ein neues Ticket zu verhandeln. Prüfen aktuell eine Klage gegen den AstA. Würde der AstA umstellen, wenn das Deutschlandticket garantiert wäre?

Verkehrsreferat: Dies wird aktuell geprüft.

LILI: Den Vertrag zu kündigen ist nicht die richtige Entscheidung.

RCDS Antrag auf namentliche Abstimmung

# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

GHSG	RL	JUSOS	LHG	RCDS	SDS	NJ	BLOCK	FFR
Alessio: JA	Liv: JA	Christopher: JA	Calvin: NEIN	Noah: NEIN	Luca: NEIN	Leon: JA	Mathias: JA	Christoph: JA
Helena: JA	Anna: JA	Nabila: JA	Paulina: NEIN	Ivan: NEIN	Benny: NEIN		Yunus: JA	
Betty: JA	Fabian: JA	Bastian: JA					Tjark: JA	
	Gönni: JA	Bleta: JA						

### Abstimmung

**16 JA**

**6 GEGENPROBE**

**0 ENTHALTUNGEN**

**Angenommen**

### 10) Festsetzung des Semesterbeitrages WiSe 24/25

Vorstand: Es gibt noch eine Erhöhung um 2,50€ und um 60 Cent

LHG: Das sind zu viele Erhöhungen

Vorstand: Sieht das auch so, wir müssen aber langsam erhöhen. Wir haben der Universität vor drei Jahren zugesagt, dass wir die Rücklagen abbauen. Es ist notwendig jetzt zu erhöhen und es muss gleichzeitig auch noch eingespart werden. Auf Landesebene gibt es noch keine Tarifeinigung. Wenn man sich den Haushalt anschaut, dann sind die Beiträge nicht überdimensioniert. Ein Vergleich mit anderen großen Universitäten zeigt: Wir bezahlen nicht zu viel.

LHG: Es muss mehr eingespart werden.

NJ: Müsste der Betrag nicht eigentlich anders erhöht werden?

Vorstand: Wir bekommen das Geld nicht komplett am Anfang des Semesters, sondern in Abschlägen.

RCDS: Es wird nicht genug gespart. Personalkosten sind auch zu hoch. Angestellte müssen gekündigt werden oder Teilzeit machen. KOZ ist auch zu teuer. Finden es falsch, dass die Verluste von den Studierenden finanziert werden.

SDS: Die Kosten für den RMV sind ärgerlich. Sollten das nochmal bei der Vollversammlung besprechen, wie wir das politisch machen.

LILI: Wir sparen aktuell schon. Es geht gar nicht um den Vergleich mit den anderen Universitäten, aber der Betrag bewegt sich noch in einem guten Rahmen

RCDS Antrag auf namentliche Abstimmung

# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

---

GHSG	RL	JUSOS	LHG	RCDS	SDS	NJ	BLOCK	FFR
Alessio: JA	Liv: JA	Christopher: JA	Calvin: NEIN	Noah: NEIN	Luca: NEIN	Leon: JA	Mathias: JA	Christoph: JA
Helena: JA	Anna: JA	Nabila: JA	Paulina: NEIN	Ivan: NEIN	Benny: NEIN		Yunus: JA	
Betty: JA	Fabian: JA	Bastian: JA					Tjark: JA	
	Gönni: JA	Bleta: JA						

### Abstimmung

**16 JA**

**6 GEGENPROBE**

**0 ENTHALTUNGEN**

**Angenommen**

### 11) Anträge

Es liegen zwei Anträge vor.

**JUSOS: StuPa Sachantrag: zweite Neuevaluierung der RMV-Semesterticket Kündigung**

RL Fraktionspause 10 Minuten 20:35-20:45

JUSOS: Wir haben bereits darüber diskutiert, die Argumente stehen in der Begründung. Wir haben evaluiert, ob wir es weiterführen wollen und haben uns für die Weiterführung entschieden.

FFR: Wie funktioniert die Kündigungsfrist?

JUSOS: Wir haben ein Jahr Frist. Je nach rechtlicher Lage kann die Frist aber auch kürzer werden.

LHG: Ist der Antrag nicht obsolet? Wir haben ja bereits den Beitrag festgelegt.

JUSOS: Wir beziehen uns hier auf den Vertrag, wenn wir jetzt "Nein" sagen, dann wird der Vertrag gekündigt. Wir müssen dann darüber sprechen, wie es weitergeht. Es ist auch eine Formalität.

RL: Sind für das Solidarmodell. In der Zukunft muss geschaut werden, was wir für Möglichkeiten haben bezüglich Deutschlandticket und Landespolitik. Wir können ja nochmal darüber reden. Jetzt nicht zuzustimmen kann zu sehr schwerwiegenden Folgen führen.

### Abstimmung

**17 JA**

**6 GEGENPROBE**

**0 ENTHALTUNGEN**

**Angenommen**



# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

---

Zeitungsreferat: **Digitales Portal der AStA-Zeitung umsetzen!**

Zeitungsreferat: Wir haben die Angebote eingeholt, um eine digitale AStA Zeitung zu realisieren. Diese sind auch angehängt. Das Unternehmen wird beauftragt eine digitale Präsenz zu realisieren. Es werden dadurch 110.000€ pro Jahr eingespart.

FFR: Wie erfahren die Studierenden davon?

Zeitungsreferat: Im Idealfall durch das digitale Portal, es gibt auch noch ein paar Auslagen der Zeitung. Und auch noch ein Abo-Modell, man kann es zugeschickt bekommen.

FFR: Warum nicht mit einer Email an Alle?

Zeitungsreferat: Das liegt im Ermessen der Universität , aber es ist eine Möglichkeit.

### Abstimmung

**21 JA**

**0 GEGENPROBE**

**2 ENTHALTUNGEN**

**Angenommen**

## 12) Resolutionen

Es liegen zwei Resolutionen vor.

Fraktionspause GHSG 5 Minuten 20:55 bis 21:00

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

RCDS: **Wir stehen an der Seite Israels**

Geschäftsordnungsantrag Präsidium: 30 Sekunden Redezeit. Nicht angenommen

SDS: Das Thema muss besprochen werden. Dies geht in dieser kurzen Zeit nicht.

Geschäftsordnungsantrag LHG: Eine Minute Redezeit. Angenommen

Gegenrede SDS: Das geht auch nicht, eine Minute ist zu wenig für dieses wichtige Thema. Über andere Sachen wird auch länger besprochen.

RCDS bringen ein: Wir sind uns hoffentlich einig, dass es einen barbarischen Angriff auf einen Staat gab. Wir wollen unser Mitgefühl ausdrücken, für die Opfer und Zivilisten. Es ist eine wichtige Botschaft.

LILI Änderungsantrag: "Aufgrund unserer Geschichte trägt Deutschland eine besondere Verantwortung, und wir sind durch unsere gemeinsamen demokratischen Werte eng mit

# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

---

unseren israelischen Partnern und Freunden verbunden.“ Diesen Satz streichen. Wir sollten nicht aus der deutschen Geschichte argumentieren.

LHG: Findet diesen Punkt nicht schlecht, könnte man so sagen. Kann aber auch gestrichen werden. Das Thema hat eigentlich nichts mit Hochschulpolitik zu tun. Es ist allerdings richtig und wichtig. Es wäre traurig, wenn man nicht dafür stimmt.

LILI Änderungsantrag: “wir für uns/deutscher Staat” soll gestrichen werden.

RCDS: Es wird direkt so übernommen.

RL: Die Resolution kam sehr kurzfristig. Hätte bei dem wichtigen Thema etwas frühzeitiger sein können. Es ist thematisch weit von der Hochschulpolitik entfernt.

RCDS: Können verstehen, dass es kurzfristig war. Es handelt sich um eine Erklärung des Bundespolitik und wurde von vielen Verbänden unterzeichnet.

RL: Hätten sich das auch gerne angeschaut.

LHG: Es gab einen offenen Brief an den Bundespräsidenten. Die Resolution ist nicht sonderlich kontrovers, dabei vertrauen sie dem RCDS.

FFR: es gab auch einen Post der Evangelischen Studierenden Gemeinde. Diese haben dazu auch einen Kommentar geschrieben.

SDS: Es gab einen Terroranschlag der Hamas, aber das Thema wird zu einseitig behandelt. Auch in Gaza sterben viele Menschen. Israel bestärkt die schlechte Lage in Gaza zusätzlich. Der Konflikt muss durch Verhandlungen gelöst werden. Die Parteien im Konflikt werden einfach in Gut und Böse eingeteilt. Der SDS reicht noch eine weitere Resolution ein.

Fraktionspause RCDS 10 Minuten 21:16 bis 21:26

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

SDS Antrag: namentliche Abstimmung für beide Resolutionen.

RCDS: Nehmen Änderungen der LILI an. “Sind mit unseren israelischen Partnern verbunden” wird auch gestrichen.

GHSG	RL	JUSOS	LHG	RCDS	SDS	NJ	BLOCK	FFR
Noah: JA	Gönni: JA	Bleta: JA	Paulina: JA	Noah: JA	Ari: NEIN	Leon: JA	Mathias: JA	Christoph: JA
Alessio: JA	Liv: JA	Christopher: JA	Calvin: JA	Ivan: JA	Benny: NEIN		Yunus: JA	
	Fabian: JA						Tjark: JA	

### Abstimmung

**16 JA**

**2 GEGENPROBE**

**0 ENTHALTUNGEN**

**Angenommen**

#### SDS: **Gegen die weitere Eskalation im Israel-Palästina-Konflikt**

SDS: Entschuldigen sich für die späte Einbringung, bieten ihre Fraktionspause an.

LHG Antrag: 30 Sekunden Redezeit. Nicht angenommen

Gegenrede SDS: Es ist nicht demokratisch die Redezeit so sehr zu verkürzen und sprechen sich dagegen aus.

LILI Antrag: 90 Sekunden Redezeit. Angenommen

Gegenrede SDS: Auch 90 Sekunden sind zu wenig Zeit, es kann so nicht richtig über das Thema diskutiert werden.

SDS: Nicht alle Fakten in der Resolution sind aktuell, aufgrund von Zeitmangel. Sie sind am Frieden in Israel und Palästina interessiert, deswegen sollte es ein Verhandlungen geben und keinen Siegfrieden.

Die Situation wird als "9/11 Moment" bezeichnet, allerdings war auch damals die Vergeltung zu viel Schaden angerichtet. Die Gefahr ist sehr groß, dass die Situation eskaliert. Nicht alle Länder in der EU wollen die Hilfsmittel für den Gazastreifen einstellen. Die Einstellung der Hilfsmittel ist das falsche Mittel. Es ist ein komplizierter Konflikt und es braucht eine lange Friedensarbeit.

LILI: Kann ein Antrag auf Verschiebung der Abstimmung gestellt werden?

Präsidium: Das ist nicht möglich.

LILI: Der Konflikt kann nicht in dieser Zeit gelöst werden. Die große Emotionalität ist verständlich und der Antrag ist in einigen Punkten vernünftig. Würden gerne beim nächsten StuPa nochmal darüber reden. Der Antrag ist allerdings in dieser Form nicht zustimmungswürdig.

LHG: Widersprechen der LILI, man kann die Resolution nicht nicht in einer Weise ändern, dass sie zustimmungswürdig wird, aufgrund ihrer Kernaussage. Es handelt sich natürlich um einen Konflikt. Aber in dem Kontext, eines umprovozierten Anschlags, ist diese Resolution nicht richtig. Wir müssen gerade nicht beide Seiten sehen, denn die Hamas hat Israel angegriffen. Die Resolution versucht Dies zu relativieren.

SDS: Weisen darauf hin, dass noch die Möglichkeit besteht, die Fraktionspause des SDS zu nehmen.

Die Menschen in Gaza sind auch betroffen und die Hamas ist nicht Palästina. Die Bewohner des Gazastreifens leben in einem Gefängnis. Konflikte entstehen nicht in einem luftleeren Raum, es gibt eine dazu eine Vorgeschichte. Es darf nicht nur bedingungslose Solidarität mit Israel geben.

RL: Die LILI hat gute Punkte eingebracht. In Bezug auf Hilfgelder und sozialen Hilfen sehen sie es ähnlich. Man müsste noch länger darüber überlegen.

SDS: Verstehen die Zurückhaltung gegenüber den Antrag. Sie würden ihre Fraktionspause anbieten, um darüber zu diskutieren. Weisen daraufhin, dass es diese Zurückhaltung bei der RCDS Resolution nicht gab. Viele islamische Zentren haben mit den Anschlägen nichts zu tun. Den Menschen im Gaza geht es sehr schlecht. Es wird ihnen keine Möglichkeit zur Flucht oder auf Frieden gegeben.

JUSOS: Wir sollten bei der ersten Resolution bleiben. Die Resolution des SDS ist zu einseitig, da sie die israelische Siedlungspolitik erwähnt, aber nichts zu den Vorfällen in den islamischen Communities beinhaltet. Da muss auch differenziert werden.

LILI: Eine Abgrenzung in Richtung der "Grauen Wölfe" wäre gut. Im SDS Antrag ist gut: Die Strategie der Hamas ist, dass die Menschen in Palästina entmenschlicht werden und provozieren eine Vergeltung. Zum Beispiel, dass das Wasser abgedreht wird, ist genau die Strategie der Hamas.

FFR: Frieden ist gewünscht, aber die Waffen müssen vom Aggressor niedergelegt werden. Israel ist schon lange nicht mehr in die West Bank eingedrungen. Raketenangriffe sind auch schon lange her. Die Hamas Regierung kann nur durch die Bevölkerung bestehen. Beispielsweise hat die West Bank eine andere

# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

---

Regierung, ohne die Hamas. Es ist auf jeden fall ein Glaubenskrieg. Der Gazastreifen hatte schon die Möglichkeit sich an das autonome Palästina anzuschließen. Kriege gegen Israel sind eigentlich immer ein Glaubenskrieg.

RCDS: Diese Diskussion hatten wir bei dem Angriff auf die Ukraine bereits auch schon: Die Verteidiger sind rechtsradikal und die Angreifer wehren sich. Die Resolution ist verwerflich.

SDS: Es existieren rechtsradikale Kräfte sowohl in der Ukraine als auch in Israel. Der Konflikt muss so schnell wie möglich beigelegt werden. Die Diskussion ist zu sehr in gut und böse eingeteilt: Der Iran und die Hisbollah stehen dem Westen gegenüber. Die Hamas versucht Empörung zu schüren. Palästina wird immer weiter eingepfercht und kann nichts dagegen machen.

LHG: FFR hatte gute punkte. Wir sollten uns nicht vom SDS reinlegen lassen. Es ist jetzt genauso wie bei der Ukrainesituation, der SDS relativiert nur. Die Verteidiger sollten auch die Möglichkeit bekommen sich zu verteidigen.

SDS: Es geht hier um einen ethischen Standpunkt und nicht um Politik.

JUSOS: Versteht ihr die Hamas als Produkt des Palästina Israel Konflikts? Der Konflikt wird oft als antikoloniale Aktion dargestellt. Es ist in der Resolution nicht die Rede von antisemitischem/islamistischen Terrors. Können aber verstehen, dass der Konflikt friedlich gelöst werden soll. Es geht hierbei aber um Antisemitismus.

SDS: Sowohl Palästina als auch Israel brennen aktuell. Hamas ist eine islamistische Gruppierung. Die Angriffe von Israel richten sich auch gegen die Zivilisten im Gazastreifen, wobei die Taktik von Israel unmenschlich ist. Die Hamas wirkt gegen die Interessen von Palästina und die Angriffe der Hamas richten sich auch gegen die Menschen in Gaza. Die Siedlungspolitik in der West Bank ist völkerrechtswidrig. Alle Menschen dort leben unter unwürdigen Bedingungen. Es kann keine Blockade gegen alle Menschen unterstützt werden.

FFR: Der Siedlungsbau findet so im Gazastreifen nicht statt, sondern auf der West Bank. Aber die Hamas ist nur im Gazastreifen an der Macht. Die Hamas greift nicht alleine an, die Hisbollah aus dem Libanon auch. Das steht so auch nicht in der Resolution. Der reine Offensivkrieg der Hamas ist ebenfalls zu verurteilen. Es geht vor allem um Glaubensfragen.

SDS: Es geht bei der Resolution nicht um Vergleiche. Die Hamas handelt hier nicht in einem luftleeren Raum, sondern reagieren auch auf die West Bank. Es gab große Proteste gegen die Justizreform in Israel. Israel handelt falsch und erzeugt eine toxische Atmosphäre. Auch die Konflikte in Halle sind aufgeheizt von der Stimmung in Israel.

LHG Antrag auf Schließung der Redeliste. Angenommen

SDS: Finden es gut, dass es eine Diskussion gibt. Aber bei der Resolution des RCDS wurde auch nicht so viel hinterfragt. Es gibt im StuPa kein Interesse die Position des SDS nachzuvollziehen. Alle sollten sich in diese Resolution reindenken. Das Freund-Feind-Denken, treibt uns alle auseinander. Es ist falsch diesen Konflikt als religiös anzusehen. Israel und Palästina haben beiden ein Interesse, dass ein Leben in Freiheit und Würde geführt werden kann. Der SDS will, genau wie auch in dem Ukraine Konflikt, das unnötige Leid der Menschen unterbinden. Krieg ist nur im Sinne der Rüstungsindustrie und der Politik. Es gab auch Proteste in Israel gegen die Justizreform. Den Menschen in Gaza darf nicht mit Gewalt gedroht werden.

JUSOS: Das Wort Antisemitismus sollte eingearbeitet werden, vielleicht für das nächste Mal. Auch in Deutschland gibt es antisemitische Vorfälle und eine immer größere Bedrohung für Juden. Die antisemitischen Straftaten steigen auch in Deutschland.

# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

---

LILI: Viele Punkte des SDS sind valide. Wir sprechen uns nicht für die Entmenschlichung aus. Aber dieses Thema ist nur ein Strohhalm in der Resolution. Angriff auf Synagogen haben nichts mit den Protesten in Israel zu tun. Es wird nicht genügend abgegrenzt vom Kampf gegen den Westen.

SDS: Linke müssten ein anderes Verständnis von Religion haben. Iran und Saudi Arabien ändern auch öfter ihre Meinung obwohl es in diesen Ländern auch antisemitische Tendenzen gibt. Sie wollen es damit nicht rechtfertigen, aber Antisemitismus ist nicht aus einem luftleeren Raum entstanden, sondern hat sich entwickelt. Die Gründe für diesen Konflikt sind andere.

RCDS: Die Belagerung von Gaza finden wir alle schlimm und menschenverachtend, das steht aber so nicht in der Resolution. Es ist ein Religionskrieg, wobei es viel um Antisemitismus geht. Wenn Antisemitismus nicht einfach so entsteht, warum gibt es ihn dann schon so lange?

GHSG	RL	JUSOS	LHG	RCDS	SDS	NJ	BLOCK	FFR
Noah: NEIN	Gönni: NEIN	Bleta: NEIN	Paulina: NEIN	Ivan: NEIN	Benny: JA	Leon: NEIN	Tjark: NEIN	Christoph: NEIN
	Fabian: NEIN	Christopher: NEIN	Calvin: NEIN	Noah: NEIN	Ari: JA		Mathias: JA	
							Yunus: NEIN	

### Abstimmung

**3. JA**

**13 GEGENPROBE**

**0 ENTHALTUNGEN**

**Abgelehnt**

### 13) Verschiedenes

LHG: Die neuen Stimmkarten und Fraktionsschilder sind professionell und das Präsidium leistet gute Arbeit.

Sitzung wird geschlossen (22:21 Uhr)

# STUDIERENDENSCHAFT DER GOETHE –UNIVERSITÄT

## KÖRPERSCHAFT ÖFFENTLICHEN RECHTS

DAS PARLAMENT DER STUDENTINNEN UND STUDENTEN

---



Alessio J. Dale  
Präsident des Studierendenparlaments

Christopher Posselt  
Schriftführer